

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1982

Ausgegeben am 19. Oktober 1982

202. Stück

- 507. Kundmachung:** Ratifikation des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten durch Portugal
- 508. Kundmachung:** Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamtes in Paris
- 509. Kundmachung:** Ratifikation des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
- 510. Kundmachung:** Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei samt Protokoll und Fakultativprotokoll
- 511. Vereinbarung** zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Bis-(2-äthylhexyl)-peroxydicarbonat, technisch rein, als Stoff der Klasse 5.2
- 512. Erklärung der Republik Österreich** gemäß Artikel 68 Absatz 3 des Internationalen Kaffee-Übereinkommens 1976
(NR: GP XV RV 1057 AB 1126 S. 119. BR: AB 2524 S. 425.)

507. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 5. Oktober 1982 betreffend die Ratifikation des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten durch Portugal

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Euro-Parates hat Portugal am 8. September 1982 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Abkommen über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten (BGBl. Nr. 231/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 630/1977) hinterlegt.

Das Abkommen ist gemäß seinem Art. 9 Abs. 3 für Portugal am 8. September 1982 in Kraft getreten.

Die Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 54/1961 wird dahingehend berichtigt, daß Griechenland das gegenständliche Abkommen wohl unterzeichnet, nicht jedoch ratifiziert hat.

Kreisky

Beitrittsurkunde zum Internationalen Abkommen zur Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamtes in Paris (BGBl. Nr. 285/1928, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 419/1972) hinterlegt:

Staaten	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde
Somalia	10. Mai 1974
Dahomey	14. März 1975
Vereinigte Staaten von Amerika	29. Juli 1975
Äthiopien	2. November 1977
Panama	28. Dezember 1977
Angola	6. April 1979
Vereinigte Arabische Emirate	14. April 1980
Libyen	7. April 1982
Uganda	10. August 1982

Mit Note vom 31. Jänner 1974 erklärte die Deutsche Demokratische Republik die Wiederanwendung des gegenständlichen Abkommens mit Wirkung vom 25. Feber 1956.

Kreisky

508. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 12. Oktober 1982 betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamtes in Paris

Nach Mitteilungen der Regierung der Französischen Republik haben nachstehende Staaten ihre

509. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 12. Oktober 1982 betreffend die Ratifikation des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Euro-Parates hat Spanien am 18. August 1982 seine Rati-

fikationsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. Nr. 41/1969, letzte Kundmachung des Geltungsgebietes BGBl. Nr. 202/1981) hinterlegt. Das Übereinkommen tritt gemäß seinem Art. 27 Abs. 3 für Spanien am 16. November 1982 in Kraft.

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat Spanien nachstehende Vorbehalte erklärt und Erklärungen abgegeben:

VORBEHALTE

Artikel 5 Absatz 1

Spanien behält sich das Recht vor, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen den folgenden Bedingungen zu unterwerfen:

- a) Die dem Rechtshilfeersuchen zugrundeliegende strafbare Handlung muß nach spanischem Recht strafbar sein.
- b) Die dem Rechtshilfeersuchen zugrundeliegende strafbare Handlung muß nach spanischem Recht auslieferungsfähig sein.
- c) Die Erledigung des Rechtshilfeersuchens muß mit dem spanischen Recht vereinbar sein.

Artikel 16 Absatz 2

Spanien behält sich das Recht vor zu verlangen, daß ihm die Ersuchen und beigefügten Schriftstücke mit einer ordnungsgemäß beglaubigten Übersetzung in die spanische Sprache übermittelt werden.

Artikel 22

Spanien behält sich das Recht vor, andere Vertragsparteien nicht von gelöschten, spanische Staatsangehörige betreffenden Eintragungen in das Strafregister zu benachrichtigen.

ERKLÄRUNGEN

Artikel 7 Absatz 3

Spanien erklärt zu Art. 7 Abs. 3 des Übereinkommens, daß die in dieser Bestimmung enthaltene Frist nicht weniger als dreißig Tage betragen darf.

Artikel 15 Absatz 6

Spanien erklärt, daß in jenen dringenden Fällen, in denen Rechtshilfeersuchen von den Justizbehörden des ersuchenden Staates unmittelbar den spanischen Justizbehörden übermittelt werden, eine Abschrift des Rechtshilfeersuchens auch dem spanischen Justizministerium übersendet werden muß.

Artikel 24

Spanien erklärt, daß im Sinne des Übereinkommens die folgenden Behörden als Justizbehörden anzusehen sind:

- a) ordentliche Richter und Gerichte;
- b) öffentliche Ankläger;
- c) militärische Justizbehörden.

Kreisky

510. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 12. Oktober 1982 betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei samt Protokoll und Fakultativprotokoll

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben nachstehende Staaten ihre Beitrittsurkunde zum Internationalen Abkommen zur Bekämpfung der Falschmünzerei samt Protokoll und Fakultativprotokoll (BGBl. Nr. 347/1931, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 107/1967) hinterlegt, wobei die mit * bezeichneten Staaten gleichzeitig auch ihre Beitrittsurkunde zum Fakultativprotokoll hinterlegt haben:

Staaten	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde
Ceylon *	2. Juni 1967
Südafrika	29. August 1967
San Marino	18. Oktober 1967
Kuwait	9. Dezember 1968
Niger *	5. Mai 1969
Mali	6. Jänner 1970
Peru	11. Mai 1970
Philippinen	5. Mai 1971
Malaysia	4. Juli 1972
Marokko	4. Mai 1976
Kenia	10. November 1977
Togo	3. Oktober 1978
Australien	5. Jänner 1982
Indonesien	3. August 1982

Nachstehende Staaten haben erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an dieses Abkommen gebunden zu erachten:

Staaten	Datum der Hinterlegung der Kontinuitätsklärung
Mauritius	18. Juli 1969
Fidschi	25. März 1971
Bahamas	9. Juli 1975
Singapur	12. Feber 1979
Salomon-Inseln	3. September 1981

Syrien teilte mit Note vom 14. August 1964 mit, daß es sich ab 20. Juni 1959 als Mitgliedstaat des genannten Abkommens erachtet.

Das Außenministerium der Deutschen Demokratischen Republik teilte mit Note vom 31. Jänner

1974 mit, daß die Deutsche Demokratische Republik die Wiederanwendung des Abkommens mit Wirksamkeit vom 6. Juni 1958 erklärt hat.

Nachstehende Staaten haben anlässlich der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunden Vorbehalte erklärt:

Indonesien:

„Die Regierung der Republik Indonesien erachtet sich nicht an die Bestimmungen des Art. 19 dieses Abkommens gebunden, vertritt jedoch den Standpunkt, daß alle Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens einem Schiedsgericht oder dem Internationalen Gerichtshof nur mit Zustimmung aller Streitparteien zur Entscheidung unterbreitet werden soll.“

Malaysia:

„Die Regierung Malaysias erachtet sich nicht an die Bestimmungen des Art. 19 des Abkommens gebunden.“

Marokko:

„Das Königreich von Marokko erachtet sich nicht durch Art. 19 des Abkommens gebunden, welcher vorsieht, daß alle Streitigkeiten, die über das genannte Abkommen entstehen könnten, durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof beigelegt werden sollen.“

Philippinen:

„Art. 5 und 8 des Abkommens werden für die Philippinen so lange unanwendbar sein, bis Art. 163 des abgeänderten Strafgesetzes und Abschnitt 14 (a), Regel 110 der Verfahrensordnung des Gerichtshofes der Philippinen den genannten Bestimmungen des Abkommens entsprechend, abgeändert sein werden.“

Kreisky

511.

(Übersetzung)

Accord

entre le Ministre fédéral des Transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre fédéral des Transports de la République d'Autriche au titre du marginal 2010 de l'ADR relatif au transport du peroxydicarbonate d'éthyl-2hexyle techniquement pur en tant que matière de la classe 5.2

(1) Par dérogation aux prescriptions des marginaux 2550 et 2551 de l'annexe A de l'ADR, le transport par route du peroxydicarbonate d'éthyl-2hexyle techniquement pur en tant que matière de la classe 5.2 pourra être effectué aux conditions suivantes:

1. Emballage
 - 1.1. Les peroxydes doivent être emballés conformément aux prescriptions du marginal 2559 en rapport avec marginal 2560 (4).
 - 1.2. Les prescriptions générales d'emballage du marginal 2552, relatives aux matières de la classe 5.2, doivent être respectées.
2. L'emballage en commun

Les peroxydes ne doivent être réunis dans un même colis ni avec d'autres matières et objets de l'ADR ni avec d'autres marchandises.
3. Etiquettes de danger sur les colis

Chaque colis doit être muni de deux étiquettes conformes au modèle n° 3 de l'appendice A.9 de l'ADR selon marginal 3901 (2) et d'étiquet-

Vereinbarung

zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Bis-(2-äthylhexyl)-peroxydicarbonat, technisch rein, als Stoff der Klasse 5.2

(1) Abweichend von den Vorschriften der Rn. 2550 und 2551 der Anlage A des ADR darf Bis-(2-äthylhexyl)-peroxydicarbonat, technisch rein, als Stoff der Klasse 5.2 unter folgenden Bedingungen im Straßenverkehr befördert werden:

1. Verpackung
 - 1.1 Die organischen Peroxide sind entsprechend den Vorschriften der Rn. 2559 in Verbindung mit Rn. 2560 (4) zu verpacken.
 - 1.2 Die allgemeinen Verpackungsvorschriften der Rn. 2552 für Stoffe der Klasse 5.2 sind zu beachten.
2. Zusammenpackung

Die Peroxide dürfen weder mit anderen Stoffen und Gegenständen des ADR noch mit sonstigen Gütern zu einem Versandstück vereinigt werden.
3. Gefahrzettel auf den Versandstücken

Jedes Versandstück ist mit zwei Zetteln nach Muster 3 des Anhangs A 9 des ADR gemäß Rn. 3901 (2) und Zetteln nach Muster 8 des

- tes conformes au modèle n° 8 de l'appendice A.9 de l'ADR selon marginal 2563 (2).
4. Types de véhicules
Les récipients de transport doivent être chargés séparément ou en groupes dans des véhicules couverts ou des conteneurs conformes aux dispositions du marginal 52 248.
 5. Equipage du véhicule, surveillance
Lorsque la quantité de peroxyde transportée dépasse la limite d'exemption de 2 000 kg, le conducteur du véhicule doit être accompagné d'un convoyeur.
 6. Mode d'envoi, restrictions d'expédition
La matière doit être expédiée de telle façon que la température ambiante de -20°C selon marginal 52 400 ne soit pas dépassée. Marginal 52 400 (2) à (4) doit être respecté.
 7. Limitation des quantités transportées
Une même unité de transport ne doit pas transporter plus de 10 000 kg de la matière.
 8. D'autres prescriptions
Les autres prescriptions de la classe 5.2 dans les marginaux 52 403, 52 413 et 52 414 ainsi que les dispositions générales du chapitre I de l'annexe B de l'ADR doivent être respectées par analogie.

(2) Dans le document de transport doit être fait mention de la désignation de marchandise suivante:

«Peroxydicarbonate d'éthyl-2hexyle techniquement pur, 5.2, ADR.»

La désignation de la marchandise doit être soulignée.

L'expéditeur devra porter dans le document de transport la mention supplémentaire suivante:

«Transport convenu aux termes du marginal 2010 de l'ADR.»

(3) Le présent accord s'applique aux transports effectués entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche jusqu'au 31 décembre 1984.

Bonn, le 27. 4. 1982

L'Autorité compétente pour l'ADR de la République fédérale d'Allemagne:

Pour le Ministre fédéral des Transports:

Bredemeier

Vienne, 1982 09 14

Pour le Ministre fédéral des Transports de la République d'Autriche:

Berger

Anhangs A 9 des ADR gemäß Rn. 2563 (2) zu versehen.

4. Fahrzeugarten
Die Transportgefäße sind einzeln oder zu mehreren in gedeckte Fahrzeuge oder in Container zu verladen, die den Forderungen der Rn. 52 248 entsprechen.
5. Fahrzeugbesatzung, Überwachung
Wenn die beförderte Menge die Freigrenze von 2 000 kg überschreitet, muß der Fahrzeugführer von einem Beifahrer begleitet sein.
6. Versandart, Versandbeschränkungen
Der Stoff ist so zu versenden, daß die Umgebungstemperatur gemäß Rn. 52 400 von -20°C nicht überschritten wird. Rn. 52 400 (2) bis (4) sind zu beachten.
7. Begrenzung der beförderten Mengen
In einer Beförderungseinheit dürfen nicht mehr als 10 000 kg des Stoffes befördert werden.
8. Andere Vorschriften
Die sonstigen Vorschriften der Klasse 5.2 in Rn. 52 403, 52 413 und 52 414 sowie die allgemeinen Vorschriften in Kapitel I der Anlage B zum ADR sind sinngemäß zu beachten.

(2) In dem Beförderungspapier ist folgende Bezeichnung des Gutes aufzunehmen:

„Bis-(2-äthylhexyl)-peroxydicarbonat, technisch rein, 5.2, ADR.“

Die Gutsbezeichnung ist zu unterstreichen.

Der Absender hat zusätzlich im Beförderungspapier zu vermerken:

„Beförderung vereinbart nach Rn. 2010 des ADR.“

(3) Diese Regelung gilt im Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich bis zum 31. Dezember 1984.

Bonn, den 27. 4. 1982

Die für das ADR zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland:

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag:

Bredemeier

Wien, 1982 09 14

Für den Bundesminister für Verkehr der Republik Österreich:

Berger

Kreisky

512.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

(Übersetzung)

DECLARATION

The Federal President of the Republic of Austria declares, according to Article 68 Paragraph 3 of the International Coffee Agreement 1976, the acceptance of the extension of the International Coffee Agreement 1976 for one year, resolved by Resolution Number 318 of the International Coffee Council, dated 25 September 1981, by the Federal Republic of Austria.

ERKLÄRUNG

Der Bundespräsident der Republik Österreich erklärt gemäß Artikel 68 Absatz 3 des Internationalen Kaffee-Übereinkommens 1976 *) die Annahme der mit Resolution Nr. 318 des Internationalen Kaffeerates vom 25. September 1981 beschlossenen Verlängerung des Internationalen Kaffee-Übereinkommens 1976 um ein Jahr durch die Republik Österreich.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 325/1977 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 360/1979

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Erklärung wurde am 13. September 1982 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Kreisky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten S 600,— inklusive 8% Umsatzsteuer für Inlands- und S 700,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 1,20 inklusive 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 7,— inklusive 8% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.